

Verfassungsschutzbericht 2015

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –

Verfassungsschutzbericht 2015

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –

Inhaltsverzeichnis

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)[1]

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte für das Jahr 2015 mit 38.981 Straftaten gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der politisch motivierten Straftaten um 19,2% (2014: 32.700). In dieser Zahl sind 13.687 Propagandadelikte (35,1%) enthalten (2014: 12.543 = 38,4%). Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten stieg von 3.368 Delikten im Jahr 2014 auf 4.402 im Jahr 2015. Bei 29.681 Straftaten (76,1%) lag ein extremistischer Hintergrund vor (2014: 23.909 = 73,1%). Davon konnten 604 (2014: 912) keinem bestimmten Phänomenbereich zugeordnet werden.

Folgende Aspekte sind hervorzuheben:

- drastischer Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund; der Anteil der Gewalttaten gegen Asylbewerberunterkünfte hat sich mehr als verfünffacht,
- enormer Anstieg von linksextremistisch motivierten Gewalttaten.

Im Einzelnen:

Im Phänomenbereich **„Politisch motivierte Kriminalität – rechts"** wurden 21.933 (2014: 16.559) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst. Mit 1.408 (2014: 990) Gewalttaten ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten um 42,2% angestiegen. Mit 918 fremdenfeindlichen Gewalttaten (2014: 512) wurde der höchste Stand seit der Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität" im Jahr 2001 erreicht. Ebenso sind die Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten auf 252 (2014: 139) und gegen sonstige politische Gegner auf 82 (2014: 60) gestiegen. 2015 kam es zu acht versuchten rechtsextremistisch motivierten Tötungsdelikten (2014: eins).

Dem Phänomenbereich **„Politisch motivierte Kriminalität – links"** wurden 5.620 (2014: 4.424) Straftaten mit extremistischem Hintergrund zugeordnet, hiervon 1.608 Gewalttaten (2014: 995). Die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten gegen Polizei und Sicherheitsbehörden ist mit 1.032 (2014: 623) drastisch angestiegen. Gleichfalls ist ein An-

1 Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

stieg der Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten mit 833 (2014: 367) zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich im Themenfeld „Gewalttaten gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ insofern fort, als 2015 insgesamt 572 (2014: 326) Delikte verübt wurden. 2015 wurden acht versuchte linksextremistisch motivierte Tötungsdelikte verübt (2014: sieben).

Im Phänomenbereich **„Politisch motivierte Ausländerkriminalität“** wurden 1.524 (2014: 2.014) Straftaten mit einem extremistischen Hintergrund erfasst, darunter 235 (2014: 259) Gewalttaten. Damit sank die Zahl der Straftaten in diesem Bereich um 24,3%, die der Gewalttaten hingegen lediglich um 9,3%. Im Jahr 2015 kam es zu drei versuchten Tötungsdelikten im Bereich der extremistisch motivierten Ausländerkriminalität (2014: sechs).

Rechtsextremismus

Das rechtsextremistische Personenpotenzial umfasste Ende 2015 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 22.600 Personen (2014: 21.000). Damit erhielt die rechtsextremistische Szene nach einem jahrelangen Rückgang wieder Zulauf. Mehr als ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis; das Personenpotenzial der neonazistischen Szene ist mit rund 5.800 Personen im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2014: 5.600). Auch die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist 2015 mit 8.200 Personen deutlich gestiegen (2014: 7.200). Damit macht die subkulturelle rechtsextremistische Szene mit über 35% auch weiterhin den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus.

Rechtsextremismuspotenzial[1]

	2014	2015
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	7.200	8.200
Neonazis	5.600	5.800
in Parteien	6.850	6.650
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	5.200	5.200
„DIE RECHTE“	500	650
„Bürgerbewegung pro NRW“[2] („pro NRW“)	950	500
„Der III. Weg“	200	300
in sonstigen rechtsextremistischen Organisationen	2.500	3.200
Summe	**22.150**	**23.850**
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	**21.000**	**22.600**
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	**10.500**	**11.800**

1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Ende 2015 spaltete sich von „pro NRW“ der Ortsverband „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ ab. Dessen Mitglieder werden nunmehr im Personenpotenzial sonstiger rechtsextremistischer Organisationen berücksichtigt.

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ist 2015 mit 1.408 gegenüber dem Vorjahr (990) stark gestiegen. In Verbindung mit einer angestiegenen Zahl gewaltorientierter Rechtsextremisten (2014: 10.500, 2015: 11.800) ist dies ein deutlicher Beleg für die Gefahr, die von diesem Spektrum ausgeht. Inzwischen ist mehr als jeder zweite Rechtsextremist als gewaltorientiert einzuschätzen.

Die Intensität rechtsextremistischer Militanz kündigte sich bereits im Frühjahr 2015 an und steigerte sich seitdem kontinuierlich: von Bedrohungen von Politikern und Journalisten über Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte bis hin zu versuchten Tötungsdelikten.

Der exorbitante **Anstieg rechtsextremistischer Gewalt** und die zunehmende Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus sind zwei Entwicklungen, die für das Berichtsjahr prägend waren. Ausgehend von der angestiegenen Zahl an Flüchtlingen entwickelte sich eine Anti-Asyl-Agitation, die zum beherrschenden Thema im Jahr 2015 wurde. Sie ist von einer schwindenden Abgrenzung zum Rechtsextremismus und einer Akzeptanz von Gewalt und Militanz in Teilen der Bevölkerung geprägt.

Eine Vielzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage erfolgte indes nicht aus dem organisierten Rechtsextremismus. Bislang haben sich keine Hinweise auf eine zentrale Steuerung von Gewalttaten oder eine regionale oder überregionale Koordinierung durch Rechtsextremisten ergeben. Die Mehrzahl der Täter ist vielmehr bislang nicht in rechtsextremistischen Zusammenhängen in Erscheinung getreten. Etwa zwei Drittel der ermittelten Tatverdächtigen sind in der Vergangenheit weder durch politisch motivierte Straftaten noch durch eine strukturelle Anbindung an die rechtsextremistische Szene aufgefallen.

Soziale Netzwerke spielen bei Agitation und Radikalisierung eine wichtige Rolle. Die enthemmte **Hetze im Internet** kann zu einer individuellen oder kollektiven Radikalisierung führen. Zunächst rein virtuelle Gruppen festigen und radikalisieren sich im Internet, um später Aktionen in der Realwelt durchzuführen. Mit den Exekutivmaßnahmen gegen Mitglieder der „Oldschool Society“ (OSS) gelang es den Sicherheitsbehörden, eine Gruppierung mit mutmaßlich rechtsterroristischer Zielsetzung zu zerschlagen. Nach wie vor besteht jedoch die Gefahr, dass sich in einer

derart aufgeheizten Stimmung gegen Flüchtlinge ähnliche Gruppierungen herausbilden oder radikalisierte Einzeltäter schwere Gewalttaten verüben.

Auf einschlägigen Internetseiten oder in Einträgen und Postings in sozialen Netzwerken sind unzählige Hasskommentare zu finden. Von der rassistischen Abwertung von Migranten bis hin zu offenen Gewaltfantasien. Die Wortwahl – vor allem im Internet – zeugt von einer stetig anwachsenden Emotionalisierung bis hin zur offenen Propagierung von Gewalt. So finden sich auf zahlreichen Internetseiten Gewaltfantasien und eine Entmenschlichung von Fremden und politischen Gegnern.

Eine bedeutende Rolle in der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda kam der Internetplattform „Altermedia Deutschland" zu. Der Bundesminister des Innern hat die Internetplattform daher am 27. Januar 2016 verboten. Hintergrund war insbesondere die Verbreitung rassistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer und islamfeindlicher Inhalte. Die Bundesanwaltschaft führt gegen die fünf Betreiber von „Altermedia Deutschland" ein Verfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Mit Hasskommentaren wird ein unmittelbarer Handlungsdruck erzeugt, der von den Rechtsextremisten mit ihren ideologischen Konstrukten einer „Überfremdung" und eines drohenden „Volkstodes" angeheizt wird. Sie schaffen den Nährboden für Militanz und Gewalt. Besonders deutlich wird dies bei der Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerberunterkünfte: Wurden im Jahr 2014 insgesamt 170 Straftaten (davon 25 Gewalttaten) verübt, sind es 2015 mehr als fünfmal so viele: 894 Straftaten, darunter 153 Gewaltdelikte.

Auch die Zahl der rechtsextremistischen Brandanschläge gegen Asylbewerberunterkünfte ist mit 75 im Vergleich zum Vorjahr enorm angestiegen (2014: 5). Somit richtete sich mehr als jeder zweite rechtsextremistisch motivierte Brandanschlag in 2015 gegen die Unterbringung von Asylsuchenden. Während es sich bei einem Großteil der Gewaltdelikte nach vorläufiger Bewertung eher um situative und spontan ausgeführte Taten von Personen aus der engeren Wohnumgebung handeln dürfte, weisen einzelne Gewalttaten ein erhöhtes Maß an Vorbereitung und Planung auf.

Einen weiteren Schwerpunkt rechtsextremistischer Gewalt bilden Angriffe auf politische Gegner, auf Linksextremisten und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates sowie auf Journalisten und Helfer von Flüchtlingen. Die als „Volksfeinde" diffamierten Personen geraten nicht wegen ihrer Ethnie, sondern aufgrund ihrer politischen Einstellung in den Fokus aggressiver rechtsextremistischer Agitation und Gewalt.

Das mit der Anti-Asyl-Agitation einhergehende gesteigerte Selbstbewusstsein in der rechtsextremistischen Szene erhöht das Gewaltpotenzial zwischen den Extremismen. Rechtsextremisten kalkulieren Auseinandersetzungen mit linksextremistischen Gegendemonstranten ein. Eine Gewalteskalation wird zumindest billigend in Kauf genommen, wenn sie nicht sogar erwünscht ist und herbeigeführt werden soll.

Jihadistische Anschläge in Europa führen immer wieder zu propagandistischen Aufwallungen im Rechtsextremismus und neuen Versuchen, die Gefährdungslage zu dramatisieren und als ethnisch-kulturellen Konflikt darzustellen. Auch wenn im Berichtsjahr unmittelbare Aktionen der gewaltorientierten rechtsextremistischen Szene gegen Salafisten ausgeblieben sind, besteht hier doch ein erhebliches Konflikt- und Radikalisierungspotenzial.

Im Zuge der aktuellen Asyldebatte gelang es der rechtsextremistischen Szene, deutlich mehr Anhänger und Sympathisanten für ihre Kundgebungen zu mobilisieren als in den vergangenen Jahren. So nahmen im Jahr 2015 insgesamt 95.200 Personen an rechtsextremistischen oder maßgeblich von Rechtsextremisten gesteuerten Demonstrationen teil (2014: 20.610), wobei mitunter nicht alle Kundgebungsteilnehmer der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden können. Rund 80 Prozent aller rechtsextremistischen Demonstrationen befassten sich mit den Themen Zuwanderung, Asyl und Flüchtlinge.

Die rechtsextremistische Szene fühlt sich im Aufwind: Ihre Mobilisierungsfähigkeit steigt an und ihre Themen finden Eingang in einen breiteren Diskurs. Sie stellt den Protesten ihre Infrastruktur zur Verfügung und ist bereit, dort, wo es erwünscht ist, rhetorisch abzurüsten und an anderer Stelle ihre Hetze zu verschärfen. Rechtsextremisten initiieren sich als Teil einer „Volksbewegung", die sie radikalisieren und auch weiterhin

in Richtung einer grundsätzlichen Ablehnung des politischen Systems lenken möchten.

2015 gelang es der **„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD)** sich zu konsolidieren. Unter dem neuen Bundesvorsitzenden Frank Franz wurde der jahrelange Führungsstreit über den Parteikurs eingedämmt, die Kommunikation nach innen und außen verbessert sowie die Mobilisierungsfähigkeit gestärkt.

Die NPD nutzte 2015 die Flüchtlingsdebatte als zentrales und alles überragende Agitationsthema im Kampf gegen die politische Ordnung. Die Partei verbindet die Flüchtlingsfrage mit ihren theoretischen Grundsätzen: Die Aufnahme von Migranten stellt für sie einen Angriff auf ihr Bild einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft" dar. Die NPD zeigte bei Protesten gegen Asylbewerber und deren Unterbringung taktische Flexibilität: Sie variierte zwischen dem Image einer an den Sorgen von Anwohnern orientierten, vermeintlich sachbezogenen „Kümmererpartei" und – vor allem in den sozialen Netzwerken – diffamierend-hetzerischen Tiraden gegen Einwanderer.

Im Falle eines NPD-Verbots stünden als Auffangbecken für die neonazistische Klientel die Parteien „DIE RECHTE" und „Der III. Weg" bereit. Ihnen ist es im Berichtsjahr gelungen, die Parteistrukturen auszubauen. Nicht zuletzt erhoffen sie sich, mit der Anti-Asyl-Agitation an Bedeutung zu gewinnen und neue Aktivisten zu rekrutieren. Die Zugewinne an Mitgliedern bei beiden Parteien belegen indes, dass gerade Personen des neonazistischen Spektrums die Organisationsform der Partei zunehmend akzeptieren und bereit sind, sich in Parteistrukturen zu engagieren.

Die Partei **„DIE RECHTE"** fokussierte ihre Aktivitäten im Berichtsjahr auf die Asylproblematik. In Nordrhein-Westfalen führte sie regelmäßige Mahnwachen durch und errichtete Informationsstände gegen bereits bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte – zum Teil mit deutlich provokativer Ausrichtung. Im Rahmen von Kundgebungen äußerten sich Parteifunktionäre massiv hetzerisch gegen Politiker, Flüchtlinge oder deren Unterstützer.

Die rechtsextremistische Partei **„Der III. Weg“** konzentriert ihre Aktivitäten überwiegend auf die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Bayern. Darüber hinaus versuchte sie im Berichtsjahr ihre Strukturen vor allem in Sachsen und Brandenburg auszubauen. Im Vordergrund der Parteipropaganda steht die Anti-Asyl-Agitation.

Die Entwicklung der **„Bürgerbewegung pro NRW“** (**„pro NRW“**) war im Jahr 2015 maßgeblich von parteiinternen Streitigkeiten geprägt, die im Frühjahr 2015 zur Abspaltung der „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ und dem Austritt zahlreicher Parteikader führten. Der Verlust dieser regionalen Hochburg schränkte die Funktionsfähigkeit von „pro NRW“ auf Landes- und Kreisebene nachhaltig ein.

Mit ihrer fremdenfeindlichen Agitation und ihrer zum Teil aggressiven Rhetorik verschärfen rechtsextremistische Parteien eine bereits hoch emotional geführte Asyldebatte. Dadurch kann bei Einzelpersonen der Eindruck entstehen, ein radikaleres oder gewalttätiges Handeln sei von einer weit größeren Menge erwünscht oder zumindest gebilligt.

Linksextremismus

Das linksextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2015 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 26.700 Personen und weist damit gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang auf (2014: 27.200).

Eine leichte Abnahme war – wie bereits in den Vorjahren – im Spektrum der marxistisch-leninistischen und anderen legalistischen linksextremistischen Zusammenschlüsse zu verzeichnen, deren Potenzial auf 20.300 Personen sank (2014: 21.100).

Hingegen hat das Personenpotenzial der gewaltorientierten Linksextremisten im Berichtszeitraum leicht zugenommen und umfasste Ende 2015 7.700 Personen (2014: 7.600), darunter 6.300 Autonome (2014: 6.100).

Linksextremismuspotenzial[1]

	2014	2015
Autonome	6.100	6.300
Anarchisten	800	800
Marxisten-Leninisten und andere Linksextremisten	21.100	20.300
Summe	**28.000**	**27.400**
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	**27.200**	**26.700**
davon gewaltorientierte Linksextremisten	**7.600**	**7.700**

1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten ist im Jahr 2015 um fast zwei Drittel auf nunmehr 1.608 Taten gestiegen (2014: 995 Gewalttaten). Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf folgende Fakten zurückzuführen:

Die Anzahl der **gewaltorientierten Autonomen** hat zugenommen. Zudem ist deren Aktions- und Aggressionsniveau beträchtlich angestiegen; insbesondere bei Angriffen auf die Polizei sowie den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten beziehungsweise angeblichen Rechtsextremisten ist ein deutlicher Zuwachs zu ver-

zeichnen. Bei Großereignissen kam es zum Teil zu erheblichen Ausschreitungen, so zum Beispiel anlässlich der offiziellen Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main (Hessen). Von den 2015 erfassten acht versuchten Tötungsdelikten (2014: sieben) wurden allein vier bei den Protestaktionen gegen die EZB verübt. Diese vier Tötungsversuche richteten sich wiederum alle gegen Polizeibeamte.

Dies verdeutlicht die Gewaltbereitschaft der Szene, welche von Sachbeschädigungen über Körperverletzungen bis zu versuchten Tötungsdelikten reicht.

Gewaltorientierter Linksextremismus ist primär ein urbanes Phänomen. Die Szene agiert insbesondere in städtischen Ballungsräumen. Die Schwerpunkte des gewaltorientierten Linksextremismus liegen vor allem in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in Leipzig (Sachsen). In diesen Städten lebt ein Großteil des linksextremistischen Personenpotenzials. Hier wird auch ein hoher Anteil der durch gewaltorientierte Linksextremisten verübten Straftaten begangen, darunter schwere Gewaltdelikte. Die Szene beweist in urbanen Ballungsräumen eine besonders große Mobilisierungskraft, Handlungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft. Das gilt besonders für die jeweiligen Stadtviertel mit entsprechenden „Szeneläden“ und besetzten Häusern, die gewaltorientierte Linksextremisten als ihr ureigenes Terrain ansehen.

Mit dem drastischen **Anstieg linksextremistischer Gewalttaten** auf den Höchststand seit Einführung des PMK-Definitionssystems im Jahr 2001 ist zugleich auch das Aggressionsniveau und die Intensität der Gewalt in den letzten Jahren angestiegen.

Immer wieder werden gerade Polizisten als Repräsentanten des verhassten „Repressionsapparates“ angegriffen. Die Hemmschwelle, Polizeibeamte dabei zu verletzen, ist gesunken. Die Täter nehmen nicht nur schwerste Körperverletzungen, sondern auch den Tod von Menschen billigend in Kauf. Angriffe werden meist im Umfeld von Demonstrationen verübt. In der gewaltorientierten Szene werden Angriffe auf Polizisten wie auch auf tatsächliche (oder vermeintliche) Rechtsextremisten weitestgehend akzeptiert.

Die Militanz der autonomen Szene – Straßenkrawalle, die im Zusammenhang mit Demonstrationen oder Großveranstaltungen initiiert werden – sucht die direkte Konfrontation mit der Polizei oder dem politischen Gegner. Ein wichtiges Ziel aktionsorientierter Linksextremisten bleibt die Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen – auch mittels direkter Konfrontation: Teilnehmer werden etwa bei der Anreise zu Demonstrationen angegriffen oder Anreisewege werden blockiert.

Während noch im Jahr 2014 ein Rückgang „massenmilitanter" Aktionen zu verzeichnen war, trifft dies im Berichtsjahr 2015 nicht mehr zu. Besonders hervorzuheben sind die gewalttätigen Aktionen im Zusammenhang mit der Eröffnung des Neubaus der EZB in Frankfurt am Main sowie einer rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig.

Im Rahmen der Protestmobilisierung gegen die EZB am 18. März 2015 in Frankfurt am Main rief das in seiner Gesamtheit nichtextremistische Blockupy-Bündnis zu „vielfältigem Protest" auf: von einer Demonstration über symbolische Aktionen bis hin zu Blockaden der Zufahrtswege. Ziel war die Verhinderung, zumindest nachhaltige Behinderung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des EZB-Neubaus. Während die offiziell angemeldete abendliche Demonstration unter Teilnahme von 17.000 Personen weitgehend friedlich verlief, hatten Autonome bereits in den frühen Morgenstunden die Frankfurter Innenstadt verwüstet, brennende Blockaden errichtet und zahlreiche Ladengeschäfte und Gebäude beschädigt. Ein Höhepunkt der Gewaltexzesse war der Angriff auf eine Polizeiwache in der Frankfurter Innenstadt, bei der allein vier Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt wurden. Im Rahmen der Ausschreitungen wurden über 150 Polizeibeamte verletzt.

In Leipzig hatte die rechtsextremistische Szene für den 12. Dezember 2015 eine Demonstration im Stadtteil Connewitz angekündigt und Linksextremisten mobilisierten zu Gegenaktionen. Linksextremistische Gewalttäter initiierten dabei eine Straßenschlacht mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern gegen die Polizei, bei der 69 Beamte verletzt wurden. Bemerkenswert ist, dass sich dieser Angriff in erster Linie gegen die Polizei richtete. Demgegenüber war die rechtsextremistische Kundgebung ein nachrangiges Ziel.

Die **Bündnis- und Kampagnenarbeit** – insbesondere im Zusammenhang mit Großereignissen – ist ein wichtiger Bestandteil der linksextremistischen Agenda, insbesondere auch vor dem Hintergrund mangelnder personeller und organisatorischer Stärke. Das Ziel besteht vielfach darin, anlassbezogen ein gesellschaftlich möglichst breites, über das extremistische Spektrum hinausgehendes Bündnis zu etablieren, das auch über eine regionale und lokale Verankerung verfügt. Eine wesentliche Komponente hierbei ist die internationale Vernetzung.

Das Jahr 2015 war für die linksextremistische Szene von drei großen Kampagnen bestimmt: gegen die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Neubaus der EZB im März und gegen den G7-Gipfel in Elmau (Bayern) im Juni. Daneben veranschaulicht die Kampagne „Ende Gelände" gegen den Braunkohletagebau in Garzweiler (Nordrhein-Westfalen) und der Lausitz (Brandenburg) einen weiteren erfolgreichen Versuch von Linksextremisten, mithilfe von Aktionsbündnissen tagespolitische Themen aufzugreifen und in der Szene als Agitationsschwerpunkte zu etablieren.

Während die Ereignisse im Zusammenhang mit der Eröffnung des EZB-Neubaus und die Aktionstage „Ende Gelände" im Braunkohletagebau in der Szene zum Teil breit diskutiert und insgesamt als Erfolg gewertet wurden, blieben Reaktionen auf die Veranstaltungen gegen den G7-Gipfel in Elmau weitgehend aus.

Insgesamt zeigen die drei Kampagnen, dass die Bündnisstrategie der linksextremistischen Szene durchaus als erfolgreich bezeichnet werden kann. Die Protestorganisatoren bedienen sich dabei einer vielfältigen Bandbreite linksextremistischer Betätigungsfelder, wobei die szenetypische Aktionsform des „zivilen Ungehorsams" bei gewaltorientierten Linksextremisten als Legitimation für gewaltsame Ausschreitungen angesehen wird. Die spektrenübergreifende Mobilisierung wird somit sowohl für die Propagierung der eigenen politischen Ziele als auch für die Durchführung militanter Aktionen genutzt.

Dennoch hat der seit Jahren andauernde Bedeutungsverlust linksextremistischer Positionen, der sich in gesellschaftlicher Marginalisierung und mangelnder Anschlussfähigkeit äußert, bei den Protagonisten eine Debatte über ideologische und strategische Grundlagen ausgelöst, die

auch 2015 fortgeführt wurde. Hierbei werden zwar die grundsätzlichen Ausrichtungen und Prämissen nicht infrage gestellt, gleichwohl führt die Debatte zu strategischen Modifizierungen und einer tendenziellen Neugewichtung ideologischer Grundlagen.

In einem **Neuformierungsprozess** versuchen gewaltorientierte Linksextremisten, durch die Schaffung bundesweiter Strukturen die Zersplitterung der Szene zu überwinden sowie gesellschaftliche und politische Relevanz zu erringen. Diese Bestrebungen zu neuen Organisierungsansätzen, bei denen es um die Beibehaltung militanter Konzepte, aber auch um deren Vermittelbarkeit („Keine Militanz um der Militanz willen") geht, haben seit dem Jahr 2014 an Dynamik gewonnen.

Die derzeit erfolgreichsten Akteure dieses Organisierungsansatzes sind das Bündnis „...ums Ganze!" und die „Interventionistische Linke".

Das „...ums Ganze!"-Bündnis (uG) ist ein Verbund eigenständiger, lokal verankerter Gruppen der autonomen Szene. Er umfasst insgesamt circa 250 Personen. Lokal treten die einzelnen Mitgliedsgruppen autark, in Aktionsbündnissen und bei Großveranstaltungen aber unter dem Label „...ums Ganze!" auf. Das Bündnis bekennt sich zur Militanz als strategische Komponente einer Organisierung. Die Kräfte der einzelnen Gruppierungen sollen gebündelt werden, um auch überregional handlungsfähig zu sein. Das Bündnis konnte seinen Organisierungsgrad im Berichtszeitraum weiter steigern.

Ideologisch undogmatisch zielt die formell 2005 gegründete „Interventionistische Linke" (IL) auf die Verbindung von Massenbasis (mit entsprechenden Interventionsmöglichkeiten) und Militanz. Der 2014 mit einem „Zwischenstandspapier" publik gemachte, gesteuerte Entwicklungsprozess von einem Netzwerk hin zu einer Organisation wurde im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt.

Während die linksextremistischen Parteien – die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) – keinerlei Relevanz für den gewaltorientierten Linksextremismus haben, sind die gewaltorientierten marxistischen, leninistischen und antiimperialistischen Gruppen zunehmend bemüht, eine bundesweite Vernetzung ihrer Strukturen aufzubauen.

Der Zusammenschluss „[3A]*Revolutionäres Bündnis“ bekennt sich ausdrücklich zum Kommunismus und gehörte zu den maßgeblichen Akteuren im Aktionsbündnis „Stop G7“ gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau. Ebenso war das Bündnis an den Protesten anlässlich der Eröffnung des Neubaus der EZB am 18. März 2015 in Frankfurt am Main beteiligt.

Die eher trotzkistisch geprägte „Neue antikapitalistische Organisation“ (NaO) verstärkt, allerdings ohne größeren Erfolg, seit 2014 ihre Vernetzungsbemühungen auch mit autonomen Gruppierungen. Anders als die IL oder uG setzt die NaO auf eine „Erneuerung des Marxismus und der Arbeiterbewegung“. Übereinstimmung herrscht hingegen in der Einschätzung, eine Revolution sei unabdingbar, wenn auch nicht kurzfristig zu erreichen.

Die 2014 von sechs Organisationen des gewaltorientierten Spektrums gegründete marxistisch-leninistische „Perspektive Kommunismus“ strebt den „Aufbau des Sozialismus hin zu einer befreiten, einer kommunistischen klassenlosen Gesellschaft“ an. Dies könne nur durch die revolutionäre Zerschlagung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erreicht werden.

Islamismus/islamistischer Terrorismus

Zu mehreren der bundesweit aktiven islamistischen Organisationen beziehungsweise Gruppierungen liegen keine gesicherten Anhängerzahlen vor, sodass ein umfassendes Personenpotenzial der Islamisten in Deutschland nicht ausgewiesen werden kann.

Islamismuspotenzial[1]		
Organisationen[2]	**2014**	**2015**
Kern-„al-Qaida“ **„al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)** **„al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)** **„al-Shabab“** **„Jabhat al-Nusra“ (JaN)** **„al-Qaida auf dem indischen Subkontinent“ (AQIS)**	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamischer Staat“ (IS)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Salafistische Bestrebungen	7.000	8.350
„Hizb Allah“	950	950
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	300	300
„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	220	200
„Türkische Hizbullah“ (TH)	360	360
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	300	320
„Muslimbruderschaft“ (MB)/„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)	1.000	1.040
„Tablighi Jama’at“ (TJ)	700	650
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Millî Görüş“-Bewegung und zugeordnete Vereinigungen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Sonstige[3]	2.060	1.950

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.
3 Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

Insbesondere das Personenpotenzial der der „Millî Görüş"-Bewegung zugeordneten Vereinigungen – einschließlich der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG) – kann nur grob geschätzt werden. Insgesamt verfügt die „Millî Görüş"-Bewegung über einige Zehntausend Anhänger. Die Zahl der extremistischen Anhänger wird dabei auf bis zu 10.000 Personen geschätzt.

Der Begriff „Islamismus" bezeichnet eine Form des politischen Extremismus. Unter Berufung auf den Islam zielt der Islamismus auf die teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Der Islamismus basiert auf der Überzeugung, dass Religion, hier: der Islam, nicht nur eine persönliche, private „Angelegenheit" ist, sondern auch das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung bestimmt oder zumindest teilweise regelt. Der Islamismus postuliert die Existenz einer gottgewollten und daher „wahren" und absoluten Ordnung, die über von Menschen gemachten Ordnungen steht. Mit ihrer Auslegung des Islam stehen Islamisten in Widerspruch insbesondere zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung. Ein wesentliches ideologisches Element des Islamismus ist außerdem der Antisemitismus.

Unter dem Oberbegriff „Islamismus" werden verschiedene Strömungen zusammengefasst, die sich hinsichtlich ihrer ideologischen Prämissen, ihrer geografischen Orientierung und ihrer Strategien und Mittel unterscheiden.

Jihadistische Gruppierungen, wie zum Beispiel der „Islamische Staat" (IS) und „al-Qaida", sehen in ihrem Kampf für einen „Gottesstaat" in terroristischer Gewalt ein unabdingbares Mittel gegen „Ungläubige" und sogenannte korrupte Regime. Ihre terroristische Agenda ist global und bedroht die internationale Staatengemeinschaft.

Insbesondere die Attentate zum Ende des Jahres in Paris (Frankreich), zu denen sich der IS bekannte, haben uns in Europa eine **neue Dimension**

des Terrors vor Augen geführt. Es ist davon auszugehen, dass der IS Pläne für weitere Anschläge in Europa, und damit auch in Deutschland, verfolgt. Das deutsche militärische Engagement in Syrien und im Irak stellt bereits ein hinreichendes Argument für den IS dar, um die Anwendung von Gewalt gegen deutsche Interessen zu legitimieren.

Neben dem IS sowie Personen, die sich zu ihm bekennen, als derzeit größte Gefahr für „den Westen" propagiert auch „al-Qaida" den Kampf gegen „den Westen" weiter als primäres Ziel und ist nach wie vor in der Lage, Worten des Hasses auch tödliche Taten folgen zu lassen, wie der Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo" in Paris am 7. Januar 2015 demonstrierte.

Anschlagsrisiken bestehen vordringlich durch

- sich selbst radikalisierende Einzeltäter und Kleinstgruppen,
- Rückkehrer aus Jihad-Gebieten,
- an der Ausreise gehinderte Personen sowie
- langfristig lancierte Schläfer von Terrororganisationen.

Angesichts der anhaltenden Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland ist zudem davon auszugehen, dass sich unter den Flüchtlingen auch aktive und ehemalige Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Organisationen sowie Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung und/oder islamistisch motivierte Kriegsverbrecher befinden können.

Bis Ende des Jahres 2015 lagen Erkenntnisse zu mehr als 780 Personen vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Trotz der anhaltenden IS-Propaganda, die das Ziel verfolgt, Anhänger zur Auswanderung in das „Kalifat" zu bewegen und sich auch gezielt an Sympathisanten in westlichen Staaten richtet, wurde somit für das Jahr 2015 eine verringerte Ausreisedynamik festgestellt. Die Ursachen des Rückgangs sind nicht geklärt: Neben der Häufung von Todesfällen in Syrien und im Irak unter den Islamisten aus Deutschland können auch die verschlechterte militärische Situation vor Ort verbunden mit einer katastrophalen humanitären Lage Einflussfaktoren dieser Entwicklung sein. Die verringer-

te Ausreisedynamik bedeutet jedoch keine Entwarnung für die Gefahr durch Jihadisten.

Deutlich wird dies vor allem durch die **jihadistische Propaganda**, die keine Grenzen kennt und den Jihadismus auch im „Westen" gedeihen lässt. Sie trägt nach wie vor wesentlich zur Radikalisierung insbesondere junger Menschen bei. Da die Dauer der Radikalisierung bis zum aktiven Eintreten für den militanten Kampf immer kürzer wird, ist sowohl die Bekämpfung des Terrorismus/Jihadismus als auch die Prävention des Islamismus im Vorfeld weiterhin eine dringliche Aufgabe. Der IS dominiert die jihadistische Propaganda-Landschaft. Er publiziert in täglichem Rhythmus Texte, Fotoreihen sowie Video- oder Audiobotschaften. Die durchweg aufwendig produzierten Veröffentlichungen zielen auf die Ansprüche eines jungen und medienaffinen Publikums ab. Hinzu kommt eine Omnipräsenz in sozialen Netzwerken.

Der Islamismus in Deutschland verzeichnet ungebrochenen Zulauf. Besonders stark steigen die Anhängerzahlen beim **Salafismus**, der Strömung innerhalb des Islamismus, die – anders als die seit vielen Jahren in Deutschland „etablierten" islamistischen Organisationen – auf keine hier fortgeführten Traditionen und Strukturen aus (ehemaligen) Herkunftsländern Rücksicht zu nehmen braucht. Ende 2015 belief sich die Zahl der Anhänger auf 8.350 (gegenüber 7.000 im Vorjahr).

Die **Koranverteilaktion „LIES!"** der salafistischen Vereinigung „Die Wahre Religion" (DWR) ist – aus Sicht der Salafisten – ein „Erfolgsmodell". Unter dem Deckmantel von „Missionierungsarbeit" wurden die Aktivitäten im Jahr 2015 mit ungebrochenem Engagement fortgeführt. Inzwischen wurden etwa drei Millionen Koran-Exemplare verteilt. Die im In- und Ausland stetig expandierende Kampagne wird von der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen und entfaltet gerade auf Jugendliche und Heranwachsende eine besondere Anziehungskraft. Auch Personen aus dem jihadistischen Spektrum oder mit Kontakten in die jihadistische Szene nehmen an Aktionen des Projekts „LIES!" teil, mitunter bereits mit dem Vorsatz, islamistisch zu radikalisieren und jihadistisch zu rekrutieren. Es liegen vermehrt Hinweise auf Personen vor, die zunächst an den Koranverteilaktionen teilgenommen hatten, um sich danach an den Kämpfen in Syrien zu beteiligen.

Mit dem Strom der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak wittern islamistische Organisationen in Deutschland die Chance, ihre Anhängerschaft zu vergrößern, indem sie versuchen, Flüchtlinge unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe für ihre extremistische Ideologie zu gewinnen. Perspektivisch ist von einer Zunahme dieser Aktivitäten auszugehen. Die Kontaktaufnahmen von Salafisten beziehungsweise Islamisten zu Flüchtlingen werden den Verfassungsschutz auch in Zukunft beschäftigen. Dabei ist zu klären, inwieweit islamistische Organisationen oder Personen sich bei ihren Aktivitäten auf humanitäre Hilfe beschränken oder diese zur Verbreitung islamistischer Ideologie nutzen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf sogenannte unbegleitete Jugendliche unter den Flüchtlingen gelegt werden, da diese aufgrund ihrer Situation besonders anfällig für Versprechen von Islamisten sein dürften.

Ein Anknüpfungspunkt für Kontaktaufnahmen von Salafisten beziehungsweise Islamisten zu Flüchtlingen kann der **Antisemitismus** sein, der nicht nur integraler Bestandteil aller Erscheinungsformen des Islamismus ist, sondern generell geeignet ist, latent vorhandene, antisemitische Ressentiments bei vielen Muslimen, zumal in orientalischen Ländern, zu verstärken. Die Bandbreite des Antisemitismus im Islamismus ist groß. Sie reicht von jüdischen Weltverschwörungstheorien (z.B. in der dem Umfeld der „Millî-Görüş"-Bewegung zugeordneten Zeitung „Millî Gazete") über die Propagierung und Unterstützung des Kampfes gegen Israel (z.B. durch HAMAS und „Hizb Allah") bis zu Anschlägen auf (vermeintliche) Juden und jüdische Einrichtungen weltweit, zu denen jihadistische Gruppierungen aufrufen (z.B. der einem IS-Anhänger zugeschriebene Anschlag auf einen jüdischen Supermarkt in Paris am 9. Januar 2015).

Die Anhänger islamistisch-terroristischer Gruppierungen wie HAMAS und „Hizb Allah", deren Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist, sind auf ihre Herkunftsregionen fokussiert und wenden schwerpunktmäßig dort terroristische Gewalt an.

Legalistische Strömungen wie die „Millî Görüş"-Bewegung versuchen, über politische und gesellschaftliche Einflussnahme eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial nichtislamistischer extremistischer Ausländerorganisationen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben und beträgt 29.050 Personen (2014: 29.330). Der größte Anteil entfiel mit 17.550 Personen auf linksextremistische Ausländergruppierungen, 10.000 Personen gehörten rechtsextremistischen Ausländergruppierungen an, 1.500 Personen waren gewaltorientierten separatistischen Ausländergruppierungen zuzurechnen.

Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen[1,2] (ohne Islamismus)

	2014	2015
Linksextremisten	**17.550**	**17.550**
davon:		
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	14.000	14.000
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	650	650
„Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	1.300	1.300
„Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	600	600
Sonstige	1.000	1.000
Separatisten	**1.780**	**1.500**
davon:		
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1.000	1.000
extremistische Sikhs	780	500
Rechtsextremisten	**10.000**	**10.000**
Summe	**29.330**	**29.050**

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.

Agitation und Militanzniveau der ausländerextremistischen Organisationen sind weit überwiegend von der politischen Entwicklung in den Heimatländern abhängig. Daher ist es schwierig, Prognosen über Tendenzen und Relevanz der einzelnen Gruppierungen für die innere Sicherheit in Deutschland zu treffen. Die in Deutschland lebenden Anhänger sind in der Regel die Empfänger politisch-strategischer Richtlinien der Organisationen in den jeweiligen Heimatländern und bereit, diese konsequent in die Tat umzusetzen.

Von herausgehobener Bedeutung für die innere Sicherheit in Deutschland bleiben – wie bereits in den Vorjahren – die **„Arbeiterpartei Kurdistans" PKK** (die mit Abstand aktions- und kampagnenfähigste Organisation im säkularen Ausländerextremismus), die **„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" DHKP-C** (wegen ihres offenen Bekenntnisses zum bewaffneten Kampf) und die **„Ülkücü"-Bewegung** (wegen ihrer militanten Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes). Die Determinanten ihrer ideologischen und politischen Zielrichtungen bestehen unverändert fort.

Die Kurden gehören zu den Leidtragenden des Bürgerkriegs in Syrien und der instabilen Lage im Irak, politisch könnte hingegen gerade die **PKK** von dieser Lage profitieren. Spätestens seit dem Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat" (IS) im Jahr 2014 nimmt die Welt in hohem Maße Anteil an dem Schicksal der Kurden. Die Gründung der „Demokratischen Autonomie" in „Rojava" (kurdisch besiedelter Teil Nordsyriens) ist für die PKK ein bedeutender Schritt hin zu einer „demokratischen Konföderation" autonomer Einheiten über nationale Grenzen hinweg. Faktisch könnte dies auch auf separatistische Bestrebungen hinauslaufen. Die syrische Grenzstadt Kobanê ist zu einem Synonym für den Verteidigungswillen der Kurden und anderer vom IS bedrohter Gruppen geworden. Dies sichert der PKK Sympathie und Zustimmung: Sie wird als Verteidigerin von Leib und Leben der Kurden wahrgenommen (wobei oft übersehen wird, dass neben ihr eben auch andere kurdische Milizen an den Kämpfen beteiligt sind). Die PKK nutzt den Reputationsgewinn, um vehementer noch als in der Vergangenheit die Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland zu fordern. Sie ist bestrebt, sich vom Makel

einer verbotenen Organisation zu befreien und erfährt hierbei Unterstützung aus dem linksextremistischen Spektrum.

In den Hintergrund gerät dabei das Festhalten der PKK am bewaffneten Kampf in der Türkei, ihre in Europa indifferente Haltung zu Militanz und Gewalt, insbesondere auch die anhaltende Rekrutierung für die Guerilla, sowie die intransparenten Entscheidungsstrukturen und die fehlende demokratische Organisierung. Mit dem Ende des Friedensprozesses in der Türkei und den massiven bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK-Guerilla und Einheiten des türkischen Staates ist auch die künftige Ausrichtung der PKK in Europa ungewiss: Eine Rückkehr zu militanten Formen ist jederzeit möglich.

Die PKK ist nach wie vor die mitgliederstärkste und schlagkräftigste ausländerextremistische Organisation in Deutschland. Die aktuelle Lage in der Türkei und in den übrigen kurdischen Siedlungsgebieten ist geeignet, Stellvertreter-Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK und rechtsextremistischen Türken beziehungsweise Islamisten auszulösen. Sie sind ein beständiger Gefahrenherd für die innere Sicherheit in Deutschland. Die aufgeheizte Stimmung kann jederzeit zu spontanen Gewalteskalationen führen. Die schwere Körperverletzung eines Kurden in Hannover am 12. September 2015 ist Beleg für eine Gefährdungsdimension, in der auch Todesopfer nicht auszuschließen sind.

Trotz der zur Schau gestellten „Demokratisierungsbemühungen" werden Linie und die Aktivitäten der PKK nicht von den scheinlegalen Organisationsstrukturen wie insbesondere des Dachverbands PKK-naher Vereine „Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V." (NAV-DEM) bestimmt, sondern von der Führungsspitze der PKK.

Die PKK ist weiterhin in der Lage und im Bedarfsfall auch bereit, zumindest punktuell Gewalt auch in Deutschland einzusetzen beziehungsweise Gewalttaten ihrer jugendlichen Anhänger zu dulden. Wenngleich in Europa auch 2015 friedliche Veranstaltungen im Vordergrund standen, bleibt die Gewalt eine Option der PKK-Ideologie. Vor dem Hintergrund der Gewalteskalation in der Türkei ist eine Rückkehr der PKK zu militanten Kampfformen nicht auszuschließen.

Die **DHKP-C** propagiert nach wie vor die Notwendigkeit terroristischer Gewalt in der Türkei und hat im Jahr 2015 ihre Anschlagsserie gegen den türkischen Staat und den „US-Imperialismus“ fortgesetzt. In Deutschland ist die DHKP-C über ihre Tarnorganisation „Anatolische Föderation“ tätig, insbesondere in der Betreuung von inhaftierten Anhängern und im Politikfeld „Antirassismus“. Die DHKP-C betrachtet Deutschland zwar als Ruheraum, zeigt jedoch mit ihren Todeskult-Veranstaltungen zum Gedenken an die sogenannten Märtyrer (Organisationsmitglieder, die bei terroristischen Aktionen in der Türkei ums Leben gekommen sind), dass die Organisationseinheiten auch hier die Linie der Gesamtpartei einschließlich der terroristischen Option mittragen.

Die in der Türkei von DHKP-C-Aktivisten im Laufe des Jahres 2015 verübten Anschläge zeigen die hohe Intensität und die Kompromisslosigkeit des gewaltsamen Vorgehens der Organisation bei der Verfolgung ihrer Ziele. Für die Durchführung solcher Anschläge sind die Strukturen der DHKP-C in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, als Rückzugsraum und logistische Versorgungsbasis unverzichtbar. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die DHKP-C dies durch militante Aktivitäten hierzulande gefährden wird.

Die nationalistische und rassistische – und damit rechtsextremistische – **„Ülkücü“**-Ideologie, die auf einer Überhöhung der Türkei und des Türkentums bei gleichzeitiger Abwertung anderer Ethnien basiert, wird in Deutschland im Wesentlichen durch den Dachverband „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) und die meist unorganisierten jugendlichen Anhänger vertreten. Während sich der Dachverband nach außen hin um ein gesetzeskonformes Verhalten bemüht, propagieren die weitgehend über das Internet vernetzten Jugendlichen ihren Rassismus offensiv und fordern nicht nur verbalradikal zur Gewalt auf, sondern verüben gelegentlich auch Gewalttaten gegenüber anderen ethnischen Gruppen.

Die „Ülkücü“-Ideologie fördert in Kreisen türkischer Migranten das Entstehen einer nationalistischen und rassistischen Jugendbewegung. Konflikte in der Türkei, insbesondere im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik, finden ihre Fortsetzung in Deutschland. Mit den jugendlichen An-

hängern der „Ülkücü“-Bewegung ist das Potenzial für gewalttätige Auseinandersetzungen vorhanden.

Die oftmals kriegerischen Auseinandersetzungen in ihren Herkunftsländern führen bei etlichen Migranten zu einer nachvollziehbar hohen Emotionalisierung. Extremisten versuchen dies für ihre Zwecke zu nutzen und instrumentalisieren Kundgebungen. Sie schüren eine aggressive Stimmung, die sich oftmals in Militanz und Gewalt gegen rivalisierende Gruppen oder gegen die Polizei entlädt, im Besonderen zwischen PKK-Anhängern und rechtsextremistischen Türken sowie Personen, die von PKK-Anhängern dem salafistischen Spektrum zugerechnet werden. Insgesamt stellt das Aufeinandertreffen rivalisierender extremistischer Gruppen bei Demonstrationen oder Kundgebungen eine permanente Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Ausländische Nachrichtendienste betreiben mit hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand Spionage gegen Deutschland. Das Interesse gilt Deutschland als weltpolitischem Akteur, als NATO- und EU-Mitglied sowie seiner Wirtschaftskraft mit innovativen Unternehmen. Ein weiteres Ausforschungsziel ausländischer Dienste in Deutschland sind systemoppositionelle Gruppen aus ihren Heimatländern.

Nach wie vor sind die Russische Föderation, die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran die Hauptakteure der gegen Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten. Daneben spielen aber auch nachrichtendienstliche Aktivitäten weiterer – auch westlicher – Staaten für die Spionageabwehr eine zunehmende Rolle.

Staaten, die sich in politischen, militärischen (insbesondere strategischen) oder auch in wirtschaftlichen und technologischen Zusammenhängen einen Wissensvorsprung sichern wollen, scheuen nicht davor zurück, sich hierfür notwendige Informationen auch geheim und illegal unter Verstoß gegen geltendes Recht zu verschaffen. Die Folgen für unser Land reichen von geschwächten Verhandlungspositionen über hohe materielle Kosten und volkswirtschaftliche Schäden bis hin zu möglichen Beeinträchtigungen nationaler Souveränität.

Die politische Agenda ihrer Regierungen bestimmt die Schwerpunkte der Aufklärungsaktivitäten der Dienste:

Die **russische Spionage** ist weiterhin wesentlich geprägt von dem Konflikt Russlands mit dem Westen in Bezug auf die Ukraine. Nicht zuletzt versuchen russische Dienste auch, über ihre Kontakte ihre Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit zu tragen und Einfluss auszuüben.

Die russischen Nachrichtendienste interessieren sich nach wie vor für die traditionellen Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Energie, Technik und Militär. Allerdings hat der Ukraine-Konflikt zu einer deutlichen Verschiebung der Schwerpunkte geführt: Dieses Thema steht mit all seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen verstärkt im Aufklärungsfokus. Russland geht es insbe-

sondere darum, frühzeitig Informationen über die inhaltliche Positionierung und den Umgang der Bundesregierung sowie politischer Parteien und Institutionen mit dem Konflikt und über deren künftige Russlandpolitik zu erlangen.

Neben der reinen Informationsbeschaffung versuchen die Dienste auch, im Sinne der russischen Politik Einfluss auf Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung in Deutschland zu nehmen. Hierfür ist für sie besonders von Interesse, wie Entscheidungen zustande kommen und inwieweit auf diese (noch) Einfluss genommen werden kann.

Darüber hinaus betreibt Russland zunehmend pro-russische Propaganda über verschiedene öffentliche Medien (TV- und Radiosender, Internet, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen etc.). So verbreiten beispielsweise deutschsprachige regierungsnahe russische Auslandssender Sachverhaltsdarstellungen im Sinne einer pro-russischen Haltung. Bei der Mehrzahl der entsprechenden Versuche einer Einflussnahme ist es jedoch nur schwer möglich, eine direkte nachrichtendienstliche Steuerung zu belegen.

Die **chinesischen Dienste** sind ein wichtiger Faktor zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Staatsführung: territoriale Integrität und Schutz der Hegemonie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Ausbau weltpolitischer und militärischer Machtpositionen und volkswirtschaftliche Modernisierung. Entsprechend gelten die Aufklärungsbemühungen im Ausland vor allem der Systemopposition, den politischen Entscheidungsprozessen und dem technologischen Wissen.

Ein wesentlicher Teil der Ausforschungstätigkeit in Deutschland richtet sich gegen Bestrebungen, die – nach chinesischem Verständnis – das Machtmonopol der Partei erschüttern und die nationale Einheit bedrohen. Hierzu zählt China die nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, die Falun Gong-Bewegung, die Demokratiebewegung sowie die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans. Diese Gruppen und Organisationen werden von den chinesischen Behörden diffamierend als die „Fünf Gifte" bezeichnet.

Des Weiteren stehen deutsche Interessen im Fokus der Dienste: Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Die Nachrichtendienste

sind in das ehrgeizige und langfristig angelegte Programm zur Modernisierung der chinesischen Wirtschaft eingebunden; konkret im Aufklärungsinteresse stehen sensible Informationen aus der deutschen Wirtschaft wie Produktinnovationen und aktuelle Forschungsergebnisse.

Die chinesischen Dienste versuchen mittlerweile verstärkt, Personen aus westlichen Ländern als Informanten oder Agenten zu werben. Hinzu kommen die Reiseaktivitäten von Nachrichtendienstoffizieren aus China, die in Deutschland und den angrenzenden Ländern agieren. Politische Think Tanks werden ebenfalls vermehrt für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt. Ferner liegen Hinweise auf kombinierte HUMINT- und SIGINT-Aktivitäten (Informationsgewinnung durch menschliche Quellen bzw. technische Informationsbeschaffung) chinesischer Nachrichtendienste vor.

Die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen im In- und Ausland stellt nach wie vor einen Schwerpunkt der Arbeit des **iranischen Nachrichtendienstapparates** dar. Darüber hinaus beschaffen die Dienste im westlichen Ausland Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die im November 2013 zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Iran vereinbarten Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm wurden am 14. Juli 2015 mit der Verabschiedung des „Joint Comprehensive Plan of Action“ abgeschlossen. Der Iran stimmt darin erheblichen Beschränkungen und Kontrollen seines Nuklearprogramms zu. Im Gegenzug wurde vereinbart, die wegen des Nuklearprogramms verhängten Sanktionen schrittweise aufzuheben.

Nichtsdestotrotz befanden sich die vom BfV festgestellten illegalen proliferationsrelevanten Beschaffungsaktivitäten in Deutschland 2015 weiterhin auf einem auch im internationalen Vergleich quantitativ hohen Niveau. Dies galt vor allem für Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können. Das BfV konstatiert auch im Bereich des ambitionierten iranischen Trägertechnologieprogramms, das unter anderem dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnte, eine steigende Tendenz der ohnehin schon erheblichen Beschaffungsbemühungen. Vor diesem Hintergrund sind weiterhin intensive Beschaffungsaktivitäten des Iran unter Nutzung konspirativer Methodik in Deutschland zu erwarten.

Mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien erweitert und verändert sich auch die **Methodik der Spionage** permanent. Insbesondere „Elektronische Angriffe“ sind inzwischen eine wichtige Methode ausländischer Nachrichtendienste geworden. Zudem hat sich mit der Nutzung des Cyberraums für Spionageaktivitäten deren Intensität um ein Vielfaches gesteigert.

Die erkannten Angreifer stammen überwiegend aus China und Russland, wenngleich auch Nachrichtendienste anderer Staaten über die erforderlichen Ressourcen und Fähigkeiten zur Durchführung „Elektronischer Angriffe“ verfügen. So konnten 2015 erstmals „Elektronische Angriffe“ mutmaßlich iranischen staatlichen Stellen zugeordnet werden.

„Elektronische Angriffe“ können neben der Spionage aber auch zur Sabotage genutzt werden: eine Gefahr, die insbesondere für sogenannte Kritische Infrastrukturen gilt. Die zunehmende Wirkungskraft digitaler Spionage geht allerdings nicht mit einem Bedeutungsverlust menschlicher Quellen einher. Vielmehr ergänzen sich diese und erhöhen so das Gefährdungspotenzial. Die potenziellen Opfer von Spionageaktivitäten müssen ihre Schutzgüter daher nicht nur vor Ausspähungsversuchen von außen, sondern auch gegenüber illoyalen Mitarbeitern schützen („Innentäter“), die von ausländischen Nachrichtendiensten für diese Zwecke angeworben oder erpresst oder gar gezielt eingeschleust werden.

Bei der Bekämpfung der Gefahren durch „Elektronische Angriffe“ arbeiten auf nationaler und internationaler Ebene zahlreiche Behörden zusammen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit der für diesen Aufgabenbereich zuständigen Behörden wurde das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ) eingerichtet, in dem das BfV maßgeblich mitwirkt. Ziel des Cyber-AZ ist die Optimierung der operativen Zusammenarbeit sowie die bessere Koordinierung von Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegen potenzielle IT-Vorfälle.

Eine vertiefte und dauerhafte Zusammenarbeit mit potenziell gefährdeten nationalen Stellen in Wirtschaft und Forschung war dagegen in der Vergangenheit häufig nur schwer zu realisieren. Um dies zu verbessern, hat das BfV seit 2014 einen regelmäßigen Informationsaustausch mit zentralen Ansprechpartnern in Wirtschaft und Forschung etabliert: mit

Arbeitskreisen, Vereinen oder Informationsplattformen, die jeweils stellvertretend für eine Vielzahl von Unternehmen oder Institutionen aus einem bestimmten Bereich oder Themenfeld stehen. Damit ist es zum Beispiel möglich geworden, Informationen, die dem Selbstschutz potenziell Betroffener dienen, zeitnah und zielgerichtet an einen bestimmten Adressatenkreis zu steuern. Eine Kernzielgruppe des Wirtschaftsschutzes der Verfassungsschutzbehörden sind dabei innovative und technologieorientierte mittelständische Unternehmen.

Effektiver **Wirtschaftsschutz** setzt das gemeinsame Handeln von Staat, Verbänden und Unternehmen voraus. Ein Meilenstein zur Kooperation ist die koordinierend vom Bundesminister des Innern begleitete „Initiative Wirtschaftsschutz“: Expertengruppen unter Beteiligung von Staat und Wirtschaft haben Handlungsziele erarbeitet und korrespondierende Projekte konzipiert. Ziele sind vor allem eine stärkere Vernetzung, ein intensivierter Informationsaustausch zwischen staatlichen Stellen und der Wirtschaft sowie die Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung zum Know-how-Schutz.

„Scientology-Organisation" (SO)

Die Expansionsbestrebungen der „Scientology-Organisation" (SO) bestehen weiter fort, blieben aber auch im Jahr 2015 weitgehend erfolglos. Die Mitgliederzahl liegt – wie bereits 2014 – derzeit zwischen 3.000 und 4.000 Mitgliedern. Weiterhin haben lediglich die beiden Niederlassungen in Berlin und Hamburg den Status einer „Idealen Org".

Die SO hält an ihrer ideologischen Grundorientierung und Strategie sowie den bekannten Agitationsschwerpunkten fest und orientiert sich weiterhin an den Schriften des 1986 verstorbenen Gründers L. Ron Hubbard. Die scientologischen Vorstellungen verstoßen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, indem sie wesentliche Grund- und Menschenrechte einschränken.

Für die Verbreitung der SO-Ideologie sowie zur Imagepflege und Mitgliederwerbung nutzt die Organisation zunehmend Internetdienste und soziale Netzwerke wie Twitter, YouTube und Facebook. Darüber hinaus versucht die Organisation über verschiedene Kampagnen, neue Interessenten zu gewinnen und Vorbehalte gegenüber der SO abzubauen. Ein Beispiel hierfür sind Aktivitäten im Bereich der Drogen- und Suchtprävention, wie sie durch den Verein „Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben" durchgeführt werden. Vom 20. bis 27. Juni 2015 organisierte der Verein eine Werbetour („Drogenpräventionstour") mit Informationsständen von München (Bayern) nach Berlin.

Notizen

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Redaktion
Bundesamt für Verfassungsschutz
Stabsstelle: Zentrales Berichtswesen

Gestaltung und Druck
Bundesamt für Verfassungsschutz
Print- und MedienCenter

Die Kurzzusammenfassung „Verfassungsschutzbericht 2015: Fakten und Tendenzen" ist auch über das Internet abrufbar, unter:
www.verfassungsschutz.de

